



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Finanzausschuss
- L 213 -

Kiel, 15. Februar 2010
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1145
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

*über die 7. Sitzung des **Finanzausschusses***

am Donnerstag, dem 11. Februar 2010,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Vorstellung des **Projekts „Zukunft Steuerverwaltung (2020)“** durch das Finanzministerium.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN empfahl der Ausschuss dem Landtag, den **IT-Staatsvertrag**, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/174, unverändert anzunehmen.

Im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Europaausschuss empfahl der Finanzausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der LINKEN, den **Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/175, unverändert anzunehmen.

Zu den Gesetzentwürfen Drucksachen 17/186 und 17/193 und den Änderungsanträgen Drucksache 17/205 und Umdruck 17/348 zur **Änderung der Landesverfassung (Schuldenbremse)** beschloss der Finanzausschuss, am Donnerstag, dem 25. März 2010, gemeinsam mit dem Innen- und Rechtsausschuss eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer bis zum 19. Februar 2010 zu benennen. Die Beratung über den SPD-Antrag zum **Altschuldenpakt**, Drucksache 17/187 (neu), wurde zurückgestellt.

Sodann stimmte der Finanzausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen dem Antrag der Landesregierung auf Bereitstellung von Mitteln für den **Mittelstandsbeauftragten und Integrationsbeauftragten**, Umdruck 17/185,

zu.

Schließlich nahm der Ausschuss die Umdrucke 17/74, 17/153, 17/184, 17/234 und 17/309 zur Kenntnis.

Schluss: 11:40 Uhr

gez. Ole Schmidt